Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badischer Beobachter. 1863-1935
# 1914

24 (24.1.1914) 2. Blatt

Visual Library

Nr. 24
2. Blatt.

# Badischer Beobachter

Samstag
24. Jan. 1914.

## Badischer Landtag.

### Erste Kammer.

3. öffentliche Sitzung.

**Karlsruhe,** 23. Januar 1913.

Zweiter Vizepräsident Frhr. Dr. **von Laroche-Starkenfels** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Min. und vereidigt das für Herrn Dr. Reiß neugewählte Kammermitglied Geh. Kommerzienrat Dr. Schott. Er gedenkt sodann des Ablebens der Fürstin-Mutter von Sigmaringen, der Königin-Mutter von Schweden, des Kammermitglieds Geh. Rat Dr. Reiß, des früheren Mitglieds Oberbürgermeister a. D. Wilckens und des Finanzministers a. D. Becker. Die Mitgleider des hohen Hauses erheben sich zum ehrenden Gedächtnis der Toten von ihren Sitzen.

Geh. Kommerzienrat **Koelle** widmet Dr. Karl Reiß einen warmempfundenen Nachruf, desgleichen Oberbürgermeister a. D. **Winterer** seinem verstorbenen Kollegen Wilckens.

Der Vizepräsident verliest ein Entschuldigungsschreiben von Prinz Max, der durch eine Erkältung an der Teilnahme der Sitzung verhindert ist.

Es kommt alsdann der Einlauf einer Reihe von Petitionen zur Bekanntgabe.

Wirkl. Geh. Rat Dr. **Dorner** berichtet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung über den

**Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes.**

Das Rechtspolizeigesetz soll derart ergänzt werden, daß auch Frauen zu Gemeindewaisenräten ernannt werden können. Frauen sind zur Uebernahme des Amtes nicht verpflichtet und können dasselbe jederzeit niederlegen. Zur Unterstützung des Gemeindewaisenrats können von dem Gemeinderate Frauen, die hierzu bereit sind, als Waisenpflegerinnen widerruflich bestellt werden.

Frhr. **von Göler** spricht sich aus prinzipiellen Gründen gegen den Abänderungsentwurf in dieser Form aus und stellt den Antrag, den Gesetzentwurf zur Umarbeitung an die Kommission zurückzuweisen, und zwar soll der Absatz über die Ernennung von Frauen als Gemeindewaisenräte gestrichen werden.

Oberbürgermeister **Hermann** befürwortet und begründet in längeren Ausführungen den Kommissionsentwurf. Die Frauen haben sich in der Praxis hierzu sehr gut bewährt und ist diesen Opferwilligen für ihre menschenfreundliche Tätigkeit nur hohe Anerkennung auszusprechen.

Wirkl. Geh. Rat Dr. **Dorner** machte als Kommissionsmitglied den Vorschlag, über den fraglichen Absatz des Entwurfs abzustimmen und nicht den ganzen Umänderungsentwurf an die Kommission zurückzuverweisen.

Staatsminister Frhr. **von Dusch:** Irgend welche schwere Bedenken gegen den Gesetzentwurf können nicht vorgebracht werden. Der Regierung lagen bei Schaffung dieser Vorlage frauenrechtlerische Tendenzen durchaus fern. Das neue Gesetz räumt den Frauen ein Tätigkeitsgebiet ein, auf dem sie Hervorragendes zu leisten imstande sind.

Oberbürgermeister **Habermehl:** Ich möchte nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß der Gesetzesentwurf nicht zuvor den Gemeindeverwaltungen zur Kenntnisnahme vorgelegen hat. Ich bin für unveränderte Annahme des Entwurfs.

Frhr. **von Göler:** Ich freue mich sehr, daß die Frauenrechtlerinnen noch keinen Einfluß auf die Großh. Regierung ausüben. (Heiterkeit.)

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird zur Abstimmung über den Antrag Göler geschritten und derselbe mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Kommissionsantrag fand sodann einstimmige Annahme.

Frhr. **von Böcklin** erstattet namens der Budgetkommission Bericht über die in den Jahren 1912 und 1913 erteilten

**Administrativkredite.**

Der Antrag der Kommission, diese Positionen zu genehmigen, findet einstimmige Annahme.

Geh. Kommerzienrat **Koelle** berichtet an Stelle des erkrankten Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin über

**den außerordentlichen Etat der Hochschulen.**

Die Kommission beantragt, die Anforderungen für den Botanischen Garten, wie auch für das Botanische Institut, die Augenklinik und das Pharmakologische Institut in Freiburg zu genehmigen.

Dieser Ausgabe-Titel wird debattelos genehmigt.

**Außerordentlicher Etat der Bezirksverwaltung und Polizei.**

Berichterstatter Oberbürgermeister **Habermehl** bittet das hohe Haus, dem Ausgabe-Titel: Kreisstraßen und Gemeindewege, Bau einer Neckarbrücke zwischen Ziegelhausen und Schlierbach, zweite und Restforderung 117 000 Mk., und Erbauung einer neuen Zwangserziehungsanstalt, erste Teilforderung 50 000 Mk., Genehmigung zu erteilen.

Altbürgermeister **Geldreich** ersucht den Minister des Innern, bei Erbauung von Straßen den beteiligten Gemeinden Entgegenkommen zu zeigen und deren Wünsche wohlwollend zu bewilligen.

Sämtlichen Positionen dieses Etats wird einstimmig zugestimmt.

Frhr. **von und zu Mentzingen** berichtet über den

**Etat der Heil- und Pflegeanstalten**

und spricht namens der Kommission Geh. Rat Schüle, der vor kurzem sein goldenes Dienstjubiläum begehen konnte, für seine hervorragenden Verdienste um den heutigen mustergültigen Stand der Irrenfürsorge in Baden Dank und Anerkennung aus. Zwei Direktoren, die Herren Dr. Fr. Fischer und Dr. Oster, stehen bereits 25 Jahre im Dienste unserer Irrenfürsorge, Herr Dr. Max Fischer begeht in diesem Jahre das silberne Dienstjubiläum. Daß mancher Anfänger unter den Anstaltswärtern oft den Mut verliert, infolge der unbedingten Hingabe an den schweren und opfervollen Beruf, dafür ist die Ursache in dem übergroßen Wechsel im Personalstand der Anstalt zu suchen. Im großen und ganzen wird aber das Wartepersonal seinen hohen Anforderungen gerecht. Sämtliche Pflegeanstalten weisen eine weit über die Norm hinausgehende Besetzung auf und dadurch wird die Heilung der Kranken sehr erschwert. Erst die im Jahre 1921 geplante Inbetriebsetzung der Anstalt bei Rastatt wird diese Mißstände beheben und hoffentlich auch die Aufhebung der Anstalt Pforzheim ermöglichen. Der Berichterstatter verbreitet sich des weiteren über die Ursachen der Geisteskrankheiten, die religiöse, berufliche und kulturelle Zusammensetzung des Krankenbestandes und weist hin auf die Möglichkeiten, die den Geisteskrankheiten vorbeugen können. Der beste Schutz der durch die Haupterreger, Geschlechtskrankheit und Alkohol, am meisten gefährdeten Jugend bleibt und ist immer noch die religions-sittliche Erziehung. Die Kommission stellt den Antrag, die Ausgaben mit 5 072 220 Mk. und die Einnahmen mit 3 650 060 Mk. für ein Jahr der Budgetperiode 1914/15 zu genehmigen.

Oberbürgermeister **Habermehl** pflichtet den Ausführungen des Berichterstatters bei und dankt dem Minister des Innern und seinem früheren Mitarbeiter Geh. Rat Glockner für ihre entgegenkommende Erledigung des Etats der Irrenfürsorge. Redner führt Klage über die immer wieder hinausgeschobene Aufhebung der Anstalt Pforzheim, deren unhaltbaren Zustände die Beseitigung fordern. Die Ausarbeitung der Pläne für die Anstalt Rastatt muß derart beschleunigt werden, daß nach Genehmigung der erforderlichen Mittel im nächsten Budget sofort mit dem Bauen begonnen werden kann. Hoffentlich bekommt die neue Anstalt so viele Betten, daß das Jahr 1921 aber auch wirklich die Außerbetriebsetzung der Anstalt Pforzheim bringt.

Geh. Rat **Glockner:** In den Heil- und Pflegeanstalten finden ja auch Nervenkranke Aufnahme, doch wird von ärztlicher Seite das Bedürfnis einer speziellen Volksnervenheilstätte immer mehr betont. Es besteht wohl der Verein Volksnervenheilstätte, aber die Errichtung einer solchen Anstalt fordert Geldmittel und es müssen mehr Anhänger für diesen Verein gewonnen und für seine idealen Bestrebungen interessiert werden.

Prälat **Schmitthenner** bekennt sich als überzeugter Bekämpfer der kasernierten Prostitution und verlangt deren Beseitigung.

Minister Frhr. **von Bodman** dankt für die Herrn Geh. Rat Schüle, den anderen Direktoren und dem gesamten Personal der Heil- und Pflegeanstalten gezollten Worte der Anerkennung. Auch die Regierung wünscht möglichste Beschleunigung der Anstaltsbaulichkeiten zu Rastatt. Wenn bei dem stetigen Anwachsen der Krankenziffer die übrigen Anstalten nicht eine Ueberfüllung zu befürchten haben, ist die Großh. Regierung gerne bereit, die Anstalt Pforzheim zu schließen. Die Regierung hat die Frage der Anzeige- und Ueberwachungspflicht von Geisteskranken einer genauen Prüfung unterzogen, ist aber zu einem negativen Resultat gelangt. Die sehr begrüßenswerten Bestrebungen des Vereins Volksnervenheilstätte haben die Sympathien der Regierung und werden jedmögliche Unterstützung erfahren.

Nachdem Oberbürgermeister **Habermehl** nochmals die Wünsche betreffend die Anstalt Pforzheim betont hat, wird der Etat der Heil- und Pflegeanstalt einstimmig genehmigt.

Frhr. **von und zu Mentzingen** erstattet nun Bericht über

**den Etat des Polizeilichen Arbeitshauses,**

dem debattelos zugestimmt wird.

Dr. Frhr. **von Stotzingen** berichtet über

**den Etat des Wasser- und Straßenbaues**

und den Einnahme-Titel XI (Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten). Er teilt u. a. mit, daß die Stadt Rastatt einen Neubau der Rheinauer Murgbrücke wünscht. Die Verhandlungen zwischen Regierung und der Stadtverwaltung Rastatt sind bereits im Gange. Die Großh. Regierung wird bei einem diesbezüglichen Resultat die in den Etat eingestellte Position von 60 000 Mk. für den Umbau der Rheinauer Murgbrücke zurückziehen und dem Nachtragsbudget dann eine neue Anforderung für den Neubau angliedern. Ueber die Position: Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg kann noch nicht verhandelt werden, da die Zweite Kammer noch keinen Beschluß über diesen Punkt gefaßt hat.

Ohne Debatte wird auch diesem Etat einstimmige Zustimmung erteilt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung noch unbestimmt.

---

### Zweite Kammer.

18. öffentliche Sitzung.

BZK. **Karlruhe,** den 23. Jan. 1914.

Präsident **Rohrhurst** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min.

Am Regierungstisch: Finanzminister Rheinboldt und Kommissare.

Im Eingang befinden sich:

Petitionen: 1. der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden, die Errichtung von staatlich unterstützten Kraftwagenlinien, hier die Verbindung der Ostbaar mit der Stadt Donaueschingen betr. — Uebergeben von dem Abg. Dr. Wagner;

2. des char. Oberwachtmeisters a. D. P. Brandner in Gengenbach um günstigere Regelung seiner Pensionsbezüge. — Uebergeben von dem Abg. Seubert;

3. des Invaliden F. Traub in Karlsruhe um Gewährung eines Zuschusses zur Invalidenrente.

**Nachweisungen über die in den Jahren 1911 und 1912 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. — Vergleichende Darstellung der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse 1910/11 und die Denkschrift hiezu.**

Berichterstatter Abg. **Köhler** (Ztr.) berichtet über die Rechnungsnachweise. Der Betriebsfonds, der schon die Höhe von 20 Millionen erreicht hatte, wurde bis auf 13 Millionen eingezehrt. Die Vermögensvermehrung der Amortisationskasse, die seit 1904 anhält, ist auch in den Berichtsjahren zu konstatieren. Die Kommission beantragt die Nachweisungen über die 1911/12 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung zur Kenntnis zu nehmen. Zu den vergleichenden Darstellungen der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse bemerkt der Berichterstatter, daß die Budgetsätze um 2,7 Prozent überschritten wurden. Insbesondere sind die Umzugskosten der Beamten höher als vorgesehen. Darüber wird beim Umzugskostengesetz noch zu sprechen sein. Auch die Leistungen an das Reich haben eine Erhöhung gebracht. Die direkten Steuern brachten einen Mehrertrag von 1,86 Millionen Mark. Die Einkommensteuer allein 1,7 Millionen Mark. Die Justizgefälle an Steuerstrafen, die mit 223 000 Mark angenommen waren, brachten 518 388.11 Mark. Ein Weniger von über 1 Million brachten die indirekten Steuern. Die Ausgaben waren für 1910/11 mit 212 645 415 Mark veranschlagt. Die Einnahmen betrugen 214 819 000 Mark, die Ausgaben 211 950 000 Mark. Es ergab sich ein Mehr an Einnahmen von 2 969 000 Mark. Der Voranschlag nahm einen Fehlbetrag von 3,6 Millionen an. Die Rechnungen ergaben einen um 6 Millionen günstigeren Abschluß. Die Kommission beantragt, die Darstellung der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse für unbeanstandet zu erklären. Der Abgeordnete Dr. Zehnter hat im letzten Landtag eine Vereinfachung der Darstellungen angeregt. Die Regierung hat eine Denkschrift hierüber vorgelegt, zu welcher die Kommission beantragt: Es solle im allgemeinen in den Darstellungen beim alten bleiben; nur sollen die Vermögensdarstellungen des Grundstocksvermögens für den Landständischen Ausschuß erst alle zwei Jahre abgedruckt werden.

Die Anträge der Kommission werden debattelos angenommen.

**Interpellation der Abgg. Köhler (Ztr.) und Gen. betr. Die Reichsvergütung an Baden für die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichssteuern.**

Die Interpellation lautet:

„1. Ist es richtig, daß die Vergütung, die das Großherzogtum vom Reiche für Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichssteuern erhält, um jährlich ¾ Millionen hinter dem wirklichen Aufwand zurückbleibt?

2. Zutreffendenfalls, was hat die Regierung getan oder was gedenkt sie zu tun, um diesen für die badischen Finanzen höchst nachteiligen Zustand zu beheben?"

Abg. **Köhler** (Ztr.): Der Abg. Wittemann hat schon im letzten Landtag diese Sache angeschnitten. Sie interessierte zwar im allgemeinen nicht die große Oeffentlichkeit, ist aber für unsere Finanzen von außerordentlich großer Wichtigkeit und Bedeutung. Anstelle der verfassungsmäßigen Vergütungen für die Verwaltung der Zölle und Salzsteuer sind vom Bundesrat festgesetzte Beträge getreten. Allgemeine Grundsätze gelten dabei nicht, wenn man nicht sagen will, daß der Grundsatz maßgebend sei, bei jedem neuen Steuergesetz oder jeder Veränderung eines solchen Gesetzes die Vergütungen an die Bundesstaaten herabzusetzen. Von einschneidender Wirkung wird dieses Verfahren da, wo die Bundesstaaten nicht auf ihre Selbstkosten kommen. Bei der Branntweinsteuer von 1909 erhielten die Bundesstaaten 15 Prozent des Steuererträgnisses; dieser Satz wurde 1912 auf 8 Prozent herabgesetzt. Die Vergütung wird nach dem Verhältnis der erzeugten Alkoholmenge verteilt. Im elsässischen Landtag wurde festgestellt, daß jährlich Hunderttausende von den Bundesstaaten über die ihnen vom Reich gewährten Vergütungen aufgewendet werden für die Zwecke des Reiches. Redner weist auf die veränderten Verhältnisse in der Zollabfertigung hin, die früher hauptsächlich an der Grenze erfolgte, aber heute infolge der veränderten Verkehrsverhältnisse zum größten Teil im Binnenland erfolge; er weise nur auf Mannheim hin. Die Grenze

---

## Das geheimnisvolle Schiff.

Detektiv- und Seeroman von Fr. Viller.

(Nachdruck [illegible]

12) (Fortsetzung.)

So wurde beschlossen, den Dampfer ohne Signalisierung vorüberfahren zu lassen. Er kam näher und näher mit seinen Feueraugen — dem roten und dem grünen auf den Seiten und dem blanken mitten an der Stirne. Je mehr sich der mächtige, dunkle Rumpf gleichsam aus dem Meer erhob, desto deutlicher hörte man das Rauschen des Bugwassers und die Stempelschläge der Maschine. Es hatte einige Zeit den Anschein, als ob er uns übersegeln wollte; aber da erlosch das rote Auge, und nur das grüne leuchtete, während der Rumpf sich in die Länge streckte mit einer doppelten Reihe leuchtender Oeffnungen auf der Seite. Auch das grüne Auge erlosch, dann erloschen die andern Lichter und einige Minuten später vernahm man nur das schwache Geräusch des Wassers, das unter dem Achterende vom Propeller in die Höhe geschleudert wurde, während der Rumpf als eine schwarze unförmliche Masse in die Nacht hinausglitt . . . Noch einige Minuten leuchtete die Hecklaterne gleich einem Stern am Horizont — dann verschwand auch sie . . .

Holt war fort. Monk stand noch an meiner Seite. Wir hatten den Dampfer beobachtet, solange wir etwas von ihm sehen konnten. Es ist eine eigenartige Erscheinung, solch ein losgerissenes Stück Welt mit seinen Hunderten von Bewohnern auf dem unendlichen Meere vorüberfahren zu sehen.

Merkwürdig, mit welcher Eile Holt wieder in die Kajüte hinab ist!

Monk lächelte sarkastisch. „Weißt Du, was er vornimmt? Er hat im Schweiß seines Angesichts Sagobrei gekocht und ist nun beschäftigt, seine Patientin damit zu letzen. Du hättest ihn nur aus der Küche treten sehen sollen, reingewaschen, in einem neuen Hemd, das er im Steuermannsverschlag gefunden hat, und mit einem großen Teller voll Sagosuppe in der Hand. Das junge Mädchen war erwacht und sah ziemlich vernünftig aus; aber ich konnte ja nicht Spanisch mit ihr sprechen, und Französisch scheint sie nicht zu verstehen — sie wandte das Gesicht ab, wenn ich versuchte, mich verständlich zu machen. Aber da kam Holt in seiner neuen, verbesserten Ausgabe und nun gab es lauter Lächeln und freundliche Blicke. Sie versuchte sogar, etwas von der Suppe zu genießen; aber es wurde nicht viel daraus. Ich glaube, sie hat eine schwere Krankheit durchgemacht."

„Ist Holt noch bei ihr?" fragte ich. Monks Erzählung hatte mich sehr ergötzt.

„Ja, er hat eine Flasche in der Speisekajüte gefunden mit einem Inhalt, den er Lime-juice nennt, und woraus er ein Getränk bereitet, das sie mit Begierde trinkt."

„Sobald sie bei vollem Bewußtsein ist, muß sie eine Erklärung über das Geheimnis dieses Schiffes abgeben."

Ja, ich bat Holt, sie sobald als möglich auszufragen; aber er versicherte, daß sie zu schwach sei, um etwas erzählen zu können, und dies ist gewiß auch der Fall; vor morgen werden wir also kaum etwas erfahren.

Gleich darauf trat Holt durch die Achterkapp heraus; er ging auf den Zehen und schwenkte die Arme wie ein tanzender Bär.

„Still!" flüsterte er. „Sie schläft jetzt, sie hat noch eine Tasse getrunken."

Monk und ich blieben ernst und fragten, ob er etwas von den andern Leuten vernommen habe, die sich früher auf dem Schiff aufgehalten hätten.

„Nein, ich durfte sie nicht ausfragen; sie ist noch zu matt, das Fieber hat nachgelassen und sie muß schlafen, wenn sie nicht einen Rückfall bekommen soll."

„Aber ich hörte hier durch das offene Oberlicht, wie sie mit Dir gesprochen hat."

„Sie erkannte mich wieder", antwortete Holt fröhlich.

„Dich wieder? Hast Du sie denn schon früher gesehen?"

„Nein, aber sie erkannte mich wieder von gestern abend. Sie wußte, daß ich bei ihr gewacht hatte; sie sei bisweilen bei Bewußtsein gewesen, und da habe sie mich fortwährend neben ihr sitzen und die kühlenden Umschläge auf ihrer Stirne erneuern sehen sehen", sagte sie. „Sie fürchtet sehr, daß wir sie verlassen könnten, und ich mußte ihr versprechen, daß ich sie mitnehmen wolle, wenn wir das Schiff verließen."

„Und Du hat es versprochen?"

„Ja, natürlich! Nur soviel erzählte sie, daß sie mit ihrem Vater an Bord gekommen sei und nicht wisse, wie oder wann alle andern das Schiff verlassen hätten. Sie muß zu jener Zeit bewußtlos und im Fieber gelegen haben. Sie erwachte gestern abend, als das Gewitter begann. Sie scheint sich übrigens nicht viel um ihren Vater zu bekümmern, sondern bloß um Don Antonio und Donna Severina. Ob nicht damit der Kapitän dieses Schiffes und seine Frau gemeint sein mögen?"

„Das stimmt", bemerkte Monk; er war mit tiefem Interesse der Erklärung gefolgt. „Ich habe ein Stück von einem Brief in einem der Verschläge gefunden, aus dem hervorgeht, daß der Schiffer hier an Bord Anton Antonisen und seine Frau Severina hieß; etwas anderes bringe ich übrigens nicht heraus — mit der Ausnahme, daß das Schiff wohl aus Südamerika kam und auf dem Weg nach Norwegen war. Aber hast Du sonst nichts vernommen?"

„Nein, als wir einige Sätze gewechselt hatten, begannen ihre Augen so eigentümlich irre zu blicken, daß ich ihr eine neue Dosis Chinin reichte und sie zum Schlafen bewog. Es gelang. Nun schläft sie wieder ruhig."

Wir stellten eine angezündete Laterne auf das Hüttendach und brachten das Abendessen dort hinauf. Monks Untersuchungen hatten ein paar Büchsen mit Konserven ans Licht befördert, sodaß die Mahlzeit diesmal so reichlich ausfiel, wie lange nicht mehr. Es war auf Deck viel angenehmer als in der schwülen Kajüte, und überdies mußte jetzt einer von uns fortwährend auf das Steuer achten, sodaß wir auch aus diesem Grunde vorzogen, in freier Luft zu bleiben.

Nach beendeter Mahlzeit zündeten wir unsere Pfeifen an und ergingen uns wieder in endlosen Vermutungen über die wunderlichen Dinge, welche uns begegnet waren. Ich brauche kaum zu erzählen, daß das plötzliche Verschwinden des „Fram" immer wieder besprochen wurde, ohne daß einer von uns eine wahrscheinliche Lösung finden konnte.

Während der Nacht fiel starker Tau. Die zwei von uns, welche Freiwache hatten, krochen hinunter, um zu schlafen, nämlich Holt und ich.

Um ein Uhr stand Monk vor meiner Koje und purrte mich heraus. „Es ist fast ganz still", sagte er, „sodaß ich nicht, wie verabredet, auf Deck zu stampfen brauchte, um Dich heraus zu purren. Es steuert sich einige Minuten selber." Dann ging er wieder auf Deck.

Ich keidete mich an, wenn das Hineinschlüpfen in die Schuhe so genannt werden kann, und ging hinauf.

Die Situation hatte sich seit dem Abend nicht verändert; nur hatte der Wind fast ganz nachgelassen. Die Luft war mild, der Himmel klar und sternenbesäet und das Meerleuchten funkelte längs den Seiten, während das Fahrzeug durch das Wasser glitt.

„Wir steuern Südost", sagte Monk, als ich ihn am Rad ablöste. „Holt soll um fünf Uhr herausgepurrt werden. Denke Dir, er hat bis vor kurzem bei der Kranken gesessen, trotzdem sie schläft."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hat nur noch den Charakter von Ansagestationen; die Hauptarbeit spielt sich im Innern ab. Dort sind die größten und schwierigsten Zollabfertigungen auszuführen, weil dort die großen Mühlen, die Petroleumtanks usw. sind. Dafür wird aber kein Pfennig Vergütung gewährt. Oldenburg und andere Staaten sammelten Material zu dieser Frage und beantragten eine Vergütung für die Binnenlandzollverwaltung beim Bundesrat.

Preußen beantragte aber eine Erhöhung der Grenzvergütung und hatte 1882 den Erfolg, daß 5 Prozent Erhöhung gewährt wurden. Der Bundesrat ging nicht weiter, weil er sagte, es sei sonst eine Aenderung der Verfassung nötig. So stehen wir heute noch auf derselben Basis. In einem Artikel des Herrn Dr. Manke ist ausgerechnet, daß durch die bessere Bezahlung der Zollbeamten die Staaten mit großer Grenze, wie Preußen, ein gutes Geschäft machen, da ihnen der Aufwand für die Beamten nach Durchschnittsgehältern vergütet wird, während die Binnenstaaten einen großen Schaden haben. In Zeitungsmeldungen war davon die Rede, daß Baden ¾—1 Million zu viel bezahlen müsse und dafür keinen Ersatz bekomme. Es steht nun eine Aenderung der Sache bevor. Die „Straßburger Post" hat die dafür gemachten Vorschläge mitgeteilt; ob sie richtig sind, wissen wir nicht; ebenso wenig, ob die badische Finanzverwaltung dabei auf ihre Rechnung kommt. Es ist darum angezeigt, daß wir an die Großh. Regierung die Anfrage richten, ob es richtig ist, daß die Vergütung, die das Großherzogtum Baden vom Reiche für Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichssteuern erhält, um jährlich ¾ Millionen hinter dem wirklichen Aufwand zurückbleibt und was die Regierung getan hat, oder zu tun gedenkt, um diesem für unsere Finanzen höchst nachteiligen Zustand abzuhelfen. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister **Rheinboldt**: Die Sache ist im letzten Landtag schon kurz besprochen worden. Die Interpellation gibt mir Gelegenheit, die für unsere Finanzen wichtige Angelegenheit ausführlich zu behandeln. Die Bundesstaaten besorgen die Verwaltung der betr. Abgaben für die Rechnung des Reichs, für einen Teil ihrer Kosten erhalten sie vom Reich eine Vergütung. Von den Zollerträgen dürfen sie die Kosten, die durch die Verwaltung an der Grenze gegen das Ausland entstehen, abziehen. Alle drei Jahre findet hierin eine Festsetzung statt. Die für die Grenzzollverwaltung nötigen Beamten werden nach den Durchschnittsgehältern des betr. Landes vom Reiche ganz bezahlt. Aehnlich ist es bei der Salzsteuer. Wird so bei den Zöllen und der Salzsteuer eine dem wirklichen Aufwand nahe kommende Vergütung gewährt, so ist dies bei der Zuckersteuer, bei der Tabaksteuer, Zigarettensteuer usw. anders; hier werden gewisse Prozente der Rohsolleinnahmen vergütet. Bei der Reichserbschaftssteuer erhalten die Bundesstaaten ⅓ der Rohsolleinnahmen, bei der Branntweinsteuer 8 Prozent. Darnach wird berechnet, welche Vergütungen im ganzen vom Reich jährlich zu zahlen sind und diese Beträge werden dann nach Verhältnis an die Bundesstaaten verteilt. Das System der Pauschsummen, das überall, mit Ausnahme der Salzsteuer, Anwendung findet, hat den Vorzug der Einfachheit, trifft aber nicht immer das Richtige, sodaß damit die Kosten angemessen vergütet würden. Hierzu kommt, daß für die Zollverwaltung nur das Grenzgeschäft vergütet wird, nicht aber die Zollabfertigung im Innern. Wie der Referent ganz richtig ausführte, sind die Verhältnisse ganz andere geworden. Baden hat für die Zollverwaltungim Innern jährlich eine Ausgabe von 837 000 Mark, die nicht vergütet wird. Man kann nicht sagen, daß diese Last ungesetzlich sei, da sie auf der Reichsverfassung beruht. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es ein unerträglicher Zustand ist, da diese Lasten keineswegs nach dem Verhältnis der Matrikularbeiträge verteilt ist, sondern ganz ungleich den einen Bundesstaat mehr, den anderen weniger trifft, und zwar sind die weniger leistungsfähigen Staaten schwerer belastet. Baden ist infolge seiner geographischen Lage besonders schlecht daran und wir müssen auf Abhilfe trachten, da wir nicht allein diesen Abmangel von 837 000 Mark für den Innerzolldienst, sondern auch bei der Verwaltung der Reichssteuern einen Verlust von 300 000 Mark zu tragen haben, sodaß der Gesamtbetrag mit etwa 1 100 000 Mark noch über die Annahme der Interpellation hinausgeht. Eine Abänderung des Gesetzes ist dringend notwendig. Das Mißverhältnis bei der derzeitigen Vergütung für die Branntweinsteuerverwaltung beruht darauf, daß wir viele kleine Brennereien haben, deren Bewachung mehr kostet als weniger große; wir erhalten aber die Vergütung nur nach Maßgabe der erzeugten Alkoholmenge. In der gleichen Lage befindet sich Elsaß-Lothringen, Württemberg und Bayern, die zugunsten des Reiches ebenfalls verhältnismäßig hoch belastet sind. Die süddeutschen Staaten haben gemeinsam im November 1911 bereits einen Antrag beim Bundesrat gestellt, der darauf abzielte, daß bei der Branntweinsteuervergütung auch die Zahl der Brennereien berücksichtigt wird. Der Antrag ist bis heute nicht behandelt worden (Hört! Hört!). Der Reichsschatzsekretär stellte sich auf den Standpunkt, daß die Sache für einzelne Bundesstaaten nicht ohne Abänderung des Gesetzes möglich sei. Wir beabsichtigten auch bei dieser Gelegenheit, die Vergütung für den inneren Zolldienst zu beantragen, sahen aber, weil es zunächst aussichtslos war, davon ab. Bei der Branntweinsteuer muß bis 1915 eine Aenderung eintreten. Wir werden tun, was wir können, um den Mißständen abzuhelfen.

Auf Antrag des Abg. **Neuhaus** (Ztr.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Wittemann** (Ztr.): Wir haben im letzten Landtag diese Frage schon angeregt, glaubten aber, daß es sich nur um einige Hunderttausend Mark Differenz handle. Daß die Belastung des Landes zugunsten der Reichskasse aber über eine Million betrage, hätten wir nicht für möglich gehalten. Die Sache ist für Baden eine ganz außerordentlich wichtige, weil wir es für die Dauer nicht ertragen können, daß das Land für das Reich so unverhältnismäßig hoch belastet wird. Er wolle hoffen, daß hier etwas geschieht und daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werde. Er denke sich die Regelung nicht so, daß die Zollverwaltung mit allen Beamten an das Reich überführt werde, sondern es soll eine angemessene Vergütung mit den anderen Bundesstaaten angestrebt werden, sodaß doch der Gesamtaufwand in der Hauptsache Deckung findet. Wegen 100 000 Mark wolle er nicht markten. Eventuell muß eben die Reichsverfassung geändert werden. Er habe einen Antrag gestellt, er bitte, den Antrag auch begründen zu dürfen.

Präsident **Rohrhurst**: Das ist nicht zulässig. Anträge können zwar zu Interpellationen gestellt werden; die Abstimmung ist aber drei Tage auszusetzen.

Abg. **Kopf** (Ztr.) hält die Beratung des Antrages für zulässig.

Abg. **Wittemann** (Ztr.) fortfahrend: Der Antrag ersucht die Großh. Regierung, dahin zu wirken, daß für die Verwaltung der Zölle und Reichssteuern eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Vergütung vom Reiche gewährt wird. Die Ausführungen der „Straßburger Post" scheinen richtig zu sein. Er würde es für das beste halten, wenn man einen Jahresdurchschnittsaufwand feststellen und für die folgenden Jahre der Vergütung zugrunde legen würde. Ich möchte die anderen Parteien ersuchen, unserem Antrag zuzustimmen, damit ein einmütiges Votum die Regierung in ihrem Bemühen möglichst unterstützt.

Präsident **Rohrhurst** verliest den Antrag Wittemann:

„Die Unterzeichneten beantragen:

Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Großh. Regierung zu ersuchen:

Im Bundesrate auf eine Aenderung der geltenden Bestimmungen über die Entschädigung der Einzelstaaten für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichssteuern auch weiterhin hinzuwirken, damit den Einzelstaaten die von ihnen tatsächlich für diese Zwecke gemachten Aufwendungen in voller Höhe vom Reich ersetzt werden."

Abg. **Göhring** (natl.): Die enorme Mehrbelastung Badens für das Reich ist eine ganz unerträgliche. Es muß eine Aenderung herbeigeführt werden. Wir werden wahrscheinlich dem Antrig von der anderen Seite zustimmen. (Abg. Dr. Schofer: Bloß wahrscheinlich?) Nun wir beraten ja heute nur; die Abstimmung findet ja erst in der nächsten Sitzung statt.

Abg. **Süßkind** (Soz.): Der Mehrbetrag, den Baden zu leisten hat, ist gerade die Hälfte unserer Matrikularbeiträge. Wenn wir die Branntweinproduktion einstellen würden, könnten wir jedem Bauern 150 Mark vergüten und würden dann besser fahren als jetzt. Ein einstimmiger Beschluß der ganzen Kammer muß angestrebt werden. Die Bundesstaaten können verlangen, daß sie nicht ungleichmäßig zugunsten des Reiches belastet werden.

Abg. **Venedey** (F. V.): Die Mitteilungen der Regierung haben uns eine große Ueberraschung gebracht. Für so hoch hatte niemand die Summe gehalten. Baden hat jederzeit große Opfer für das Reich gebracht, er erinnere nur an die Militärkonvention; aber gegen unbillige Belastungen müssen wir uns ganz entschieden wehren. Wir bedauern, daß die Sache so lange beim Bundesrat liegen geblieben ist. Wir wollen nicht, daß die ganze Zollverwaltung an das Reich übergehe; es muß aber eine gerechte Vergütung erfolgen. Wir werden daher auch für den Antrag der Interpellanten stimmen.

Abg. **Bansch,bach** (R. V.) ist ebenfalls überrascht über die hohe Ungleichheit. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Abg. **Neuhaus** (Ztr.) beanstandet die Rechnung des Herrn Süßkind unter großer Heiterkeit des Hauses. Der Finanzminister hat uns Zahlen mitgeteilt, die für uns erschreckend sind, er hat mit Recht betont, daß eine Aenderung dringend notwendig sei. Er hat uns gesagt, daß im November 1911 ein Antrag auf Abänderung der Branntweinsteuervergütung im Bundesrat mit den anderen süddeutschen Staaten gestellt wurde. Ich vermisse aber eine Mitteilung darüber, daß die badische Regierung einen Antrag auf Vergütung der 837 000 Mark Aufwand für die innere Zollverwaltung beim Bundesrat gestellt habe. Ich mache dafür nicht den jetzigen Finanzminister, sondern seine Vorgänger und die gesamte badische Regierung verantwortlich, die doch die Dinge in der Zollverwaltung kennen mußten. Warum hat man solange keinen Antrag gestellt? Darüber muß ich der badischen Regierung einen Vorwurf machen. Warum hat die Regierung uns keine Mitteilung über diese Dinge gemacht und einfach zugesehen? (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister **Rheinboldt**: Die Mitteilung in der „Straßburger Post" entspricht nicht den Vorschlägen des Reichsschatzamtes. Neuhaus hat meinen Vorgängern Vorwürfe gemacht und gefragt, warum die badische Regierung keinen Antrag eingebracht habe. Er hat gemeint, die Dinge seien der Volksvertretung nicht bekannt gewesen. Es handelt sich um eine Verfassungsbestimmung und diese Bestimmungen müssen doch auch der Volksvertretung bekannt sein. (Abg. Neuhaus: Aber nicht ihre finanzielle Wirkung!) Die Stellen stehen in unserem Etat. Ich glaube, die Sache liegt nicht so, daß die Volksvertretung heute erst aufgeklärt wurde, sondern es ist eine allgemein bekannte Tatsache. Wir haben die Interessen Badens im Bundesrat von jeher vertreten. Ich glaube, daß der Vorwurf von Herrn Neuhaus nicht zutrifft.

Abg. **Kolb** (Soz.): So wie der Finanzminister die Sache darstellt, scheint es doch nicht zu sein. Wenn Preußen so benachteiligt worden wäre, dann wäre die Verfassungsbestimmung längst beseitigt. Nur in Süddeutschland läßt man sich das alles gefallen. Er hoffe, daß diese Sache jetzt mit mehr Energie vertreten werde.

Abg. **Hummel** (F. V.): Die Ausführungen Kolbs veranlassen mich, festzustellen, daß Baden 1 Million mehr Eisenbahn-Einnahmen hätte, wenn die Reichspost die Kosten der badischen Bahnen für die Beförderung der Post decken würde.

Abg. **Köhler** (Ztr.) ist mit dem Ergebnis der Interpellation insofern zufrieden, als sie eine einmütige Stellungnahme sämtlicher Parteien für den Antrag des Zentrums gezeitigt hat. Möge die Regierung diesem Antrag entsprechend handeln.

Abg. **Dr. Koch** (natl.): Einer Vereinbarung unter sämtlichen Parteien des Hauses entsprechend, bitte ich, die Interpellation betr. die Beeinträchtigung der Staatsbahneinnahmen durch die Bevorzugung der Reichseisenbahnen, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Der Präsident entspricht dieser Bitte.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 28. Jan., nachm. 4 Uhr.

Abstimmung über den Antrag Wittemann zur Interpellation Köhler. Budgetberatung. Titel. Ministerium des Innern.

Schluß halb 12 Uhr.

*

### Die Budgetkommission zur Forst- und Domänenverwaltung.

:: **Karlsruhe**, 22. Jan. Bei der heute nachmittag durch die Budgetkommission vorgenommenen Beratung des Budgets der Forst- und Domänenverwaltung wurde aus der Mitte der Kommission eine stärkere Vermehrung der Stellen für Forstbeamte gewünscht. Im diesjährigen Budget sind 3 Stellen mehr angefordert. Der Verein der Forstbeamten wünscht eine Vermehrung der Stellen von 3 auf 12. Der Finanzminister erklärte, er könne zu einer größeren Vermehrung dieser Stellen seine Zustimmung nicht geben. Die Anstellungsverhältnisse der Förster würden unter der zu großen Anzahl der früher aufgenommenen Anwärter leiden. Der Wunsch nach einer Vermehrung der Zahl der 2. Beamten bei den Bezirksforstverwaltungen stößt bei der Regierung auf Bedenken, weil man damit den Grundsatz durchbreche, daß nur nach Bedürfnis neue Stellen geschaffen werden sollen.

Einer Anfrage, ob das Gerücht, daß die Abteilung für das Forststudium an der Technischen Hochschule aufgehoben werden soll, auf Tatsache beruhe, erklärt der Finanzminister gegenüber, daß ihm davon nichts bekannt sei. Im übrigen sei es kein Idealzustand, daß die badischen Forstbeamten alle an derselben Hochschule studieren. Die Anstellungsverhältnisse der Finanzpraktikanten seien noch erheblich schlechter als die der Forstbeamten. Zur Zeit werden nicht mehr wie 1 bis 2 Studierende bei den Forstakademien aufgenommen, die sich vorher beim Finanzministerium anmelden. Es werde dabei eine gründliche Auswahl getroffen, so daß der numerus clausus keine schablonenhafte Anwendung findet. Eine Resolution, im Nachtragsbudget drei weitere Forststellen anzufordern, wird mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Unterrichtskurse für die Forstwarte haben sich sehr gut bewährt.

*

### Der Krankenstand in den staatlichen Irrenanstalten.

**Karlsruhe**, 23. Jan. Das Ministerium des Innern hat der Budgetkommission der Ersten Kammer eine Uebersicht über die voraussichtliche Gestaltung des Krankenstandes in den staatlichen Irrenanstalten für die Jahre 1914—1920 übersandt. Bei dieser Uebersicht ist angenommen, daß die Anstalt bei Rastatt im Jahre 1919 für etwa 4—500 Kranke wird eröffnet werden können und im Jahre 1920 für etwa 600 Kranke Platz bietet. Wie sich die Verteilung auf Ende des Jahres 1921 gestalten wird, in dem mit einem Krankenstand von 5500 Kranken zu rechnen ist, hängt davon ab, ob in diesem Jahre die Anstalt Pforzheim aufgehoben wird oder mit deren Fortbestand zu rechnen ist. Im ersteren Falle wären — bei Annahme eines Ausbaues der Anstalt bei Rastatt für tausend Kranke — die Kliniken mit je 110, Illenau mit 680, Emmendingen und Wiesloch mit je 1300 und Konstanz mit 1000 Kranken zu belegen, während bei Fortbestand der Anstalt Pforzheim für 550 Kranke die Belegung der Kliniken mit je 110, der Anstalt Illenau 630, Emmendingen und Wiesloch mit je 1100 und Konstanz mit 900 Kranken in Aussicht genommen werden könnte.

# Deutscher Reichstag.

# Berlin, 23. Januar 1914.

Präsident **Dr. Kämpf** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 6 Minuten.

Am Bundesratstisch sind erschienen: Reichskanzler **v. Bethmann-Hollweg**, sowie die Staatssekretäre Dr. Lisco, Kühn und Krätke.

Das Haus und die Tribünen sind dicht besetzt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage des Abg. Dr. Quarck-Frankfurt über die Ergänzung der deutschen Gesetze und Verordnungen über den **Handel mit Giften** durch Einbeziehung seuchenerregender Mikroorganismen in das amtliche Verzeichnis der Gifte, sowie eine internationale Regelung des Handels mit Giften usw.

Auf die Anfrage erwidert Direktor

Dr. **v. Jonquières**: Die Vorschriften über den Handel mit Giften und Bakterien haben bis jetzt genügt; es bestehen aber Erwägungen im Anschluß an die Erfahrungen, die der Giftmordprozeß Hopf gezeitigt hat, diese Frage auf international.m Wege zu regeln.

Das Haus tritt sodann in die Verhandlung über die **Interpellation** der Sozialdemokraten und der Fortschrittler bezüglich der

**kriegsgerichtlichen Verhandlungen in Straßburg über die Vorgänge in Zabern,**

sowie über die **Befugnisse der militärischen Befehlshaber zur Ausübung der öffentlichen Gewalt** ein. Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält zunächst

Dr. **Frank-Mannheim** (Soz.) das Wort: Er führt etwa aus: Hinsichtlich der Vorgänge in Zabern will das Volk wissen, ob es vorwärts oder rückwärts geht, zumal vonseiten des Herrenhauses ein dem Reichstag entgegengesetzter Standpunkt eingenommen worden ist. Der Reichskanzler hat die Gerichtsherren veranlaßt, auf die Rechtsmittel zu verzichten. Das Volk versteht diese Haltung nicht. Wir wissen heute noch nicht, ob die Ankündigung, daß die Regierung die Befugnisse des Militärs nachprüfen wird, erfüllt wird. Bei Militärgerichtsverhandlungen sitzen nicht Richter über Angeklagte, sondern Kameraden über Kameraden in eigener Sache. Das Straßburger Urteil beweist gar nichts über die Schuld oder Nichtschuld der Offiziere. Es beweist einzig die Unzulänglichkeit der Militärgerichte; wir verlangen daher ihre Abschaffung. Zivilzeugen waren überhaupt nicht zugelassen. So kam es zu einer Zweiteilung der Zeugen, Uniformträger und Nichtuniformierte. Oberst v. Reuter beruft sich auf eine Kabinettsorder von 1820, die man vor fast hundert Jahren sich schämte, zu veröffentlichen. Die Erklärung, daß diese Kabinetsorder noch zu Recht besteht, ist das Gegengeschenk, das die Regierung zur Hundertjahrfeier Ihnen macht für die Bewilligung des Wehrbeitrages. (Rufe: Unerhört; Beifall bei den Sozialdemokraten.) Für Elsaß-Lothringen hat diese Kabinettsorder auf keinen Fall Gültigkeit. Außerdem lag am 28. November das Merkmal innerer Unruhen überhaupt nicht vor, wie die Regierung und die Zivilzeugen erklärt haben. Oberst von Reuter wollte es zum Konflikt kommen lassen. Er hat die ganze Aktion vorbereitet. Jetzt wird mit ihm ein förmlicher Kultus getrieben. Mit ihm, der einen Bürger mit „Lump" beschimpft hat, während er die Harmlosigkeiten einem Leutnantchen" gegenüber mit Blut rächen wollte und der die Postbehörde maßlos verdächtigt hat. (Zurufe: Dafür hat er den Roten Adlerorden gekriegt.) An die Spitze der Reuterverehrer hat sich kein geringerer gestellt als der Dr. Juris von Jagow, der gegebene Statthalter und kommandierende General in einer Person, von dem ein österreichischer Jurist sagt: er sei zu nichts und zu allem fähig. (Schallende Heiterkeit.) Auch der Kronprinz hat sich in diese Angelegenehit eingemischt. Wir sind ihm für diese Kundgebung dankbar; dadurch wird das Volk aufgerüttelt, darauf zu achten, daß, wenn dieser künftige Kaiser sich derartig einmischt, es genötigt ist, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. (Großer Lärm; der Präsident bittet den Redner, sich zurückhaltender zu äußern, sonst müsse er ihn in die Schranken der Ordnung verweisen.) Ich erinnere Sie an das Schriftstück des Kronprinzen, in dem er von seinen geliebten Husaren Abschied nimmt, von dem gebrochenen Herzen usw. (Große Unruhe, die sich zu einem gewaltigen Lärm auf der Rechten ausdehnt; Rufe: Frechheit.)

Präsident Dr. **Kämpf** rügt diese Ausführungen des Redners, die als Beleidigung aufgefaßt werden können.

Dr. **Frank**: Ich kann mir nicht denken, daß es eine Beleidigung ist, wenn ich den Kronprinzen zitiere. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn er sagt, es sei das höchste Soldatenglück, an der Spitze der Husaren gegen den Feind zu reiten, so ist das Volk der Ansicht, daß dieses Soldatenglück das größte Unglück für das Volk sein würde. (Sehr richtig, links.) Die Thronrede sagt: Erfreulicherweise ist der Friede gewahrt worden. Dagegen spricht der Kronprinz von dem Glück, in die Schlacht zu reiten. Der Preußentag sollte als Erzieher für das Volk wirken. Dabei bewies er selbst die größte Zuchtlosigkeit und Unbildung. Ich beglückwünsche den Reichskanzler dazu, daß es dort abgelehnt wurde, ein Telegramm an ihn zu senden. Fälle wie Zabern können sich jeden Augenblick wiederholen. Der Reichskanzler hat im Herrenhaus von schlaflosen Nächten gesprochen. Wir haben den Eindruck, daß er das, was er in der Nacht versäumt, am Tage nachholt. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat dort um gut' Wetter gebeten. Das Wort der Konservativen von den schlappen Staatsmännern gilt auch ihm. Wenn die Konservativen den Konflikt wollen, so sind wir schon mitten drin. Die Konservativen sind nicht mehr die Alten, sie werden nervös. (Lachen rechts; Glocke des Präsidenten: Dr. Kämpf ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen. Die Grenze des Zulässigen werde dauernd überschritten.) Der Redner kommt dann auf die Konfliktszeit zu sprechen und wird wiederholt zur Sache gerufen. Wie damals, so handelt es sich um die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände. Wir, die Rotte, die sich Reichstag nennt, sind die wahren und wirklichen Schmiede der deutschen Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler **von Bethmann-Hollweg**: Ich nehme sofort das Wort, um gegen die Worte, welche der Herr Vorredner mit Bezug auf den deutsche Kronprinzen gebraucht hat, Protest einzulegen. (Große Bewegung im ganzen Hause. Lebhafter Beifall rechts. Fortgesetzte Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte atmen den Geist, mit welchem die Sozialdemokratie erfüllt ist (Lärm bei den Soz.) und den Haß, der sie gegen jeden soldatischen Geist erfüllt. Der Herr Vorredner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz in inniger Freundschaft mit den Verächtern der Verfassung und Staatsstreich-Hetzern stehe. Das ist ein unerhörter Vorwurf (lebh. Beifall rechts; große Unruhe bei den Soz.), den ich mit aller Entschiedenheit hiermit zurückweise.

Dr. **von Liszt** (Fortschr. Vp.): Wir haben keinen Anlaß, von unseren Ausführungen bei der ersten Zabern-Debatte etwas zurückzunehmen. Die durch lächerliche Geringfügigkeit hervorgerufenen Zustände hätten durch rechtzeitiges Eingreifen beseitigt werden können. Die Angriffe des Herrenhauses auf den Reichstag hat der Präsident mit würdigen Worten zurückgewiesen. Ebenso bedauerlich sind die Kundgebungen des Preußentages, der wieder die Mainlinie gezogen hat, der einen Gegensatz hervorrief zwischen dem deutschen Norden und dem Süden, der die Erinnerungen an den großen Krieg vergällte und vergiftete. Das alles sind die Folgen von Zabern. Der größte Fehler ist, daß der Gerichtsherr auf die Rechtsmittel verzichtet hat; das Volk versteht nicht, weshalb nicht die Entscheidung des Reichsmilitärgerichtes angerufen worden ist schon zu der Frage, ob die Kabinettsordre von 1820 gültig ist. Wenn militärische Vorgesetzte mit Zivilpersonen zu tun haben, so gelten nicht die militärischen Dienstvorschriften, sondern das in den betreffenden Orten geltende Recht, also für Elsaß-Lothringen das Reichsrecht bezw. das Reichsstrafgesetz. In den Kreisen unserer Offiziere ist leider die Ansicht verbreitet, daß für sie andere Vorschriften gelten als für Zivilpersonen. Soweit nicht besondere Gesetze und Bestimmungen bestehen, hat das Militär das Recht, ohne Aufforderung der Zivilverwaltung selbständig einzugreifen, wenn es sich um die Unterdrückung von inneren Unruhen handelt. Es wird auch dem Obersten v. Reuter recht schwer geworden sein, die alte Kabinettsordre auszugraben. Auch wenn diese Kabinettsordre noch gültig ist, so hat Oberst von Reuter doch gesetzwidrig gehandelt. Der Kabinettsordre lagen bei ihrem Erlaß ganz andere Motive zugrunde.

---

„Das ist vielversprechend," antwortete ich; „er ist schlank und glatt in die Falle gegangen. Ist sonst nichts zu bemerken?"

„Es ist wohl am besten, wenn ich es Dir gleich sage", — Monks Stimme klang etwas seltsam — "aber — — — es ist hier an Bord nicht alles, wie es sein soll — — —"

„Nein, das weiß ich wohl; aber hast Du etwas Neues entdeckt?"

„Höre — vor kurzer Zeit ging ich nach vorn, um nach den Seitenlaternen zu sehen, und da hätte ich darauf schwören mögen, daß ich eine Gestalt längs der Roofwand in die Luke zur Taukammer hinabschleichen sah. Aber es kann auch eine Sinnestäuschung gewesen sein — ich bin so schläfrig, daß ich kaum mit den Augen sehen kann."

„Nichts weiter?"

„Doch, mir schien, als hörte ich zweimal ein Geräusch im Raum unter Deck zwischen der Achtersuke und der großen Luke."

„Das ist ein verdammtes Schiff", rief ich mit Ueberzeugung aus, und dann erzählte ich, was ich und Holt in der vorhergehenden Nacht wahrgenommen hatten.

„Es ist ärgerlich, daß wir den Raum heute nicht gehörig untersucht haben," bemerkte Monk. „Ich dachte die ganze Zeit daran, aber wir hatten so viel zu tun, daß es unmöglich war, bevor es dunkel wurde."

„Wir können nicht beide das Steuer verlassen und Holt purren; das täte ich ungern; er hat gestern die ganze Nacht nicht geschlafen."

„Nein, das geht nicht an; zudem nützt es nichts, mit Laternen da unten herumzurumoren. Sind Leute an Bord, so haben sie nichts Gutes im Sinn und wir könnten leicht in einen Hinterhalt geraten."

„Du hast recht; übrigens ist es fast undenkbar, daß sich Menschen hier verborgen halten sollten. Der Lärm, den wir im Raum gehört haben, muß von losen Steinen im Ballast oder von der Katze herrühren, die Ratten jagt. Ich habe das Tier den ganzen Tag nicht gesehen."

„Doch, ich habe es heute abend gesehen, es fraß von der Sagosuppe, die Holt für seine Patientin bereitet hatte."

(Fortsetzung folgt.)

Es handelt sich bei den in Rede stehenden Vorgängen um eine Kette von Gesetzwidrigkeiten. Das sind unerträgliche Zustände. (Sehr richtig!) Das Ansehen der Zivilbehörden in Elsaß-Lothringen hat zweifellos nicht zugenommen. (Sehr richtig!) Bei der Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland hat man den Fehler gemacht, daß man es nicht einem anderen Bundesstaate einverleibte oder einen selbständigen Bundesstaat daraus machte. Wir haben nun einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Grenze zwischen den Befugnissen der Militär- und Zivilgewalt festlegen will. Wir wollen, daß unser Herr ein Volksheer werde im wahren Sinne des Wortes. Dem Preußentag spreche ich das Recht ab, Vertreter preußischen Geistes zu sein. Die Einigkeit zwischen Nord und Süd, zwischen Militär und Zivil wieder herzustellen, das ist der Zweck unseres Antrages und unserer Interpellation. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler **von Bethmann-Hollweg:** Ich will zuerst auf die Ausführungen des Herrn Vorredners eingehen. Daß Klarheit darüber bestehen muß, wann das Militär einzugreifen hat, ist selbstverständlich. Das Militär hat daran ein eigenes und dringendes Interesse. Der Grundsatz, daß das Militär erst auf Requisition der Zivilbehörden eingreifen darf, ist verfassungsgemäß richtig. Daß es Ausnahmfälle geben kann, in denen es einer solchen Requisition nicht bedarf, ist von der preußischen Verfassungsurkunde anerkannt worden. Das Militär hat, wie jeder andere das Recht, zur Abwendung von Gefahren und Angriffen innerhalb der gesetzlich gezeigten Grenzen vorzugehen. Dem Militär muß ohne besondere Ermächtigung das Recht zum Einschreiten erhalten bleiben, wenn es sich um die Ausübung der Staatshoheit handelt oder wenn die Zivilbehörde außerstande gesetzt ist, Recht zu schaffen zum Schutze des Staates. Das ist nach Lage und Verfassung, nach Gesetz und allgemeinem Recht rechtens. Die Vorschrift von 1899 ist für das preußische Militär und die angeschlossenen Kontingente zusammengestellt. Die Angriffe richten sich dagegen, daß diese Vorschriften in einzelnen Teilen Unklarheiten enthalten. Der Streit, ob die Kabinettsorder von 1820 Gültigkeit hat, geht an dem Kernpunkt vorbei, der bestimmt, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörden außerstande sind Recht zu schaffen. In dieser Richtung kann die Rechtsgültigkeit der Kabinettsorder nicht bestritten werden. In der Kabinettsorder ist auch enthalten, daß das Militär eingreifen kann, wenn die Zivilbehörden zu lange zögern; diese Vorschrift ist bis auf Zabern niemals angewendet worden. Das Kriegsgericht von Zabern hat die Dienstvorschriften von 1899 als rechtsgültig anerkannt. Nachdem infolge der Zaberner Vorgänge der Streit entstanden ist, ob die Vorschriften von 1899 Gültigkeit haben, sollen jetzt diese Dienstvorschriften einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entsprechen. Diese Prüfung ist im Gange und sie wird mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Damit ist alles geschehen, was geschehen kann. (Hört, hört! links) und ich hoffe, daß es möglich sein wird, auch bei den Truppenteilen im Reichslande eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Was den uns vorgelegten Gesetzesvorschlag angeht, so erinnere ich daran, daß die einzelnen Fälle in den Dienstvorschriften von 1851 1861 und zuletzt von 1899 vorgesehen sind. Ein Gesetz wird immer nur einzelne Bestimmungen treffen können. Wo Zweifel bestehen, muß Klarheit geschaffen werden.

Es ist im Lande versucht worden, die Instruktion als ungeheuerlich hinzustellen. Zabern ist der einzige Platz, wo die Instruktion in Anwendung kam. Von den Verhältnissen in den Reichslanden will ich nicht sprechen. Es muß noch viel geschehen, um zu normalen Verhältnissen dort und dem Reich gegenüber zu kommen. Der Zaberner Fall war keineswegs typisch. Es lagen zu viele persönliche Momente vor. Die Reichslande können nur gedeihen unter gerechter und einheitlicher Regierung. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Gegensatz zwischen Nord und Süd besteht nicht. Der Versuch ihn zu schaffen, muß im Keime erstickt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bayern und die Schwaben sehen manche Dinge mit anderen Augen an als der Norddeutsche. Jeder deutsche Stamm hat seine Vorzüge und seine Schwächen. Wohin aber sollte es führen, wenn jeder Stamm seine eigenen Vorzüge dem anderen vorhalten und dessen Schwächen unterstreichen wollte. (Lebhafter Beifall.) Erst kürzlich sind durch solche Dinge über Nacht schwere Aergernisse hervorgerufen worden wider den Willen der Beteiligten. (Beifall und Widerspruch.) Was jeder einzelne Stamm an Vorzügen und Kraft in sich hat, ist gerade genug für das Deutsche Reich. Die bayerische Armee hat auf den Schlachtfeldern von Wörth und Weißenburg, sowie in dem blutigen Ringen um Orleans heldenmütig gekämpft und was errungen worden ist, ist ein glänzendes Zeugnis für die vereinigte Tapferkeit aller deutschen Stämme. (Lebhafter Beifall.)

Auf dieselbe Einmütigkeit rechne ich auch, wenn ich sage, es gilt jetzt nicht mehr in der Wunde herumzuwühlen, sondern die Wunde zu heilen. Eine einzige Partei wird dem nicht zustimmen, sondern die Zaberner Vorgänge weiter auszunutzen versuchen. Das beweist die Rede des Abg. Frank und in noch höherem Maße die sozialdemokratische Presse, die gerade in der letzten Zeit ihr Programm, das auf die Schaffung eines demokratischen Milizheeres und die Beschränkung der königlichen Kommandogewalt abzielt, mit besonderer Deutlichkeit geoffenbart hat. (Lebhafter Beifall rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In der Destruktion seines Heeres aber versteht der Deutsche keinen Spaß. Die Vorfälle in Zabern haben nach der sozialdemokratischen Presse auch ein Paradigma sein sollen für den Gebrauch des Heeres gegen die Arbeiter. Was haben die Zaberner Vorgänge mit den Arbeiterklassen zu tun? Unser Heer ist kein Instrument für Parteikämpfe. Es ist viel zu schade dazu. Uns allen von der Regierung und besonders auch dem Kriegsminister widerstrebt das Gefühl, das Heer zum Polizei-Büttel zu machen. Zu wessen Nutzen aber dienen diese sozialdemokratischen Entstellungen? Das lehrt ein Blick in die auswärtige Presse, die alles für bare Münze nimmt, was unsere sozialdemokratische Presse und leider auch ein Teil der bürgerlichen radikalen Presse schreibt, die dann ihrerseits wieder die Stimmen des Auslandes als Eideshelfer benutzt. Die Sozialdemokratie, die sich vielleicht noch weniger gegen die reale Macht des Heeres als gegen den Geist der Zugehörigkeit von Heer und Volk wendet, spricht von einer „konfliktslüsternen Soldateska". Nun unter der Herrschaft dieser „konfliktslüsternen Soldateska" ist das Deutsche Reich mehr als ein Menschenalter hindurch ein Hort des europäischen Friedens gewesen. Unter der Herrschaft dieser „konfliktslüsternen Soldateska" sind Handel und Industrie aufgeblüht und hat das Deutsche Reich eine führende Rolle auf dem Gebiete der Sozialpolitik gespielt. Unter derselben Herrschaft hat die Betätigung aller Volkskräfte zu Erfolgen geführt, die ihresgleichen in der Welt suchen. (Lebhafter Beifall.) Die Ueberzeugung, daß das Volksheer die Nation jünger halte, und daß es unentbehrlich ist zur Erhaltung unserer Stellung in der Welt, werden wir uns nicht dadurch trüben lassen, daß an einem einzigen Ort Dinge vorgekommen sind, deren Wiederkehr niemand wünscht. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abgeordneten **Müller-Meiningen** findet Besprechung der Interpellationen statt.

**Fehrenbach** (Zentr.): Heute kann ich dem Reichskanzler eine andere Resonanz entgegenbringen als bei der ersten Interpellation. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen sie zu heilen suchen (Bravo!) und sie in die grünen Fluten versenken, dazu die inzwischen gehörten Beschimpfungen des Reichstags. Was sich Geheimrat Röthe auf dem Kommers des Vereins Deutscher Studenten geleistet hat, daß der Reichstag geneigt sei, auf den Knieen das zurückzunehmen, was wir damals beschlossen haben, übersteigt denn doch das zulässige Maß. Ich habe kein Wort meiner früheren Rede zurückzunehmen. (Lebhaftes Bravo.) Man hat es leider verabsäumt, dem elsaß-lothringischen Volke zu sagen, daß Sühne eintreten werde. Die Aeußerung des Leutnants von Forstner ist und bleibt eine Beleidigung. Es ist nicht festgestellt worden, ob in Zabern wirklich innere Unruhen gewesen sind, es werden wohl Bubereien einzelner gewesen sein, die zu Ausschreitungen führten. Die Vorgänge bei dem Straßburger Diner und die Ablehnung des Extrazuges geben doch zu denken. Jetzt sind die Urteile rechtskräftig, das Volk versteht sie nicht. Ich kenne das militärgerichtliche Verfahren und schätze seine Objektivität außerordentlich hoch ein. In diesem Falle handelte es sich um einen politischen Prozeß und ist nicht auch schon von den Zivilinstanzen bei politisch aufgeregten Zeiten und von politisch aufgeregten Richtern das Recht gebeugt worden? Bei dem Leutnant von Forstner Notwehr anzunehmen, ist geradezu eine Beleidigung. Für das gute Herz der elsässischen Bevölkerung spricht das Bedauern über das erste harte Urteil über Forstner. (Sehr gut.) Anzuerkennen ist es durchaus, daß Oberst von Reuter alle Verantwortung auf sich genommen hat. Ich hoffe, daß die Gratulation nach dem Urteil nicht allgemeine Gepflogenheit wird, denn solche Gepflogenheiten sind geeignet, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Die Kabinettsorder von 1820 hat für Elsaß-Lothringen jedenfalls keine Gültigkeit, denn sonst müßte dort neben der preußischen auch bayerische und sächsische Ordre gültig sein und das ist unmöglich. In Elsaß-Lothringen ist nicht alles kaput, wie von Colter meinte. Wohl sind Mißstimmungen entstanden, mit dem Gesamtresultat können die Elsässer zufrieden sein. Im Reichstag haben sie recht bekommen. Wir wollen ein glückliches Elsaß-Lothringen schaffen, aber auch ein treudeutsches. (Lebhaftes Bravo.) Die dortige Regierung, die auf Abbruch verkauft sein soll (Heiterkeit) sollte eine kluge und vernünftige Politik treiben. Die Erste Kammer hat die in sie gesetzten Erwartungen weit übertroffen, sie hat gezeigt, daß die Verfassung doch besser ist, als man zuerst angenommen hat. Das Verhältnis zwischen Militär und Zivil in Elsaß-Lothringen ist nicht so, wie in anderen Gegenden Deutschlands. Die Verantwortung für das, was die elsässische Zentrumspartei tut und sagt, können wir nicht übernehmen, da wir ihr nichts zu sagen haben. Dem Preußentag möchte ich sagen, daß seine Mitglieder nicht eigene Wege gehen, sondern nichts weiter sein sollten als ein starker Ast an dem starken Ast des kraftvollen deutschen Baumes. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Schlagwort von dem Eingreifen in die Kommandogewalt des Kaisers wird hier viel Unfug getrieben. Das Ende der ganzen Sache wäre der reine Absolutismus. Auch am Reichstag ist Kritik geübt worden. Auch mir gefällt er nicht. (Heiterkeit.) Aber er ist nun doch einmal die gewählte Vertretung des deutschen Volkes. Eine solche Beschimpfung, wie gemischte Gesellschaft, muß sich der Reichstag gefallen lassen. Vor einem halben Jahre ist die Wehrvorlage bewilligt, im Jahre 1913, das für das deutsche Volk ein großes Opferjahr war; diesen Reichstag zu beschimpfen, dazu gehört doch ein großer Mut. (Lebhafte Zustimmung.) War es notwendig, daß der Preußentag einen Unterschied konstruierte zwischen Nordost- und dem übrigen Deutschland? (Zustimmung.) Welche Summen von vaterländischen Gedanken sind bei der Besprechung der letzten Wehrvorlage bis in die fernsten Gebirgsdörfer getragen worden. (Sehr richtig.) Diese Freude an dem gemeinsamen Vaterland wollen wir uns nicht durch Hagelschlag verderben lassen. Nicht Preußenland, nicht Süddeutschland, das ganze Deutschland soll es sein. (Lebhaftes Bravo.)

**Bassermann** (natl.): Auch wir können den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen. Wir haben am 3. und 4. Dezember die mittlere Linie gehalten und tun es auch heute noch. Der Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers versuchten, ist unzutreffend. Neben der Kommandogewalt des Kaisers besteht auch das Budget-Recht des Reichstages. Die Rechtslage der Zaberner Vorgänge kann hier nicht entschieden werden. Schlagwörter führen hier nicht zum Ziele. Unzweifelhaft haben die Zivilbehörden in Zabern versagt. Sie hatten nicht die richtige Erkenntnis ihrer Pflicht. In Bezug auf die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Vorgehens des Obersten von Reuter gehen die Urteile der Strafrechtslehrer auseinander. Die Kompetenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung müssen scharf abgegrenzt werden. Hier muß der Reichskanzler Remedur schaffen. Elsaß-Lothringen ist das Aufmarschgebiet, gegebenen Falles das wirkliche Schlachtfeld. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, daß auch die Zivilbehörden von deutscher Pflicht und Treue durch und durch erfüllt sind. Die Mehrheit des Reichstages ist von der rechten Seite schwer angegriffen worden, in erster Linie wegen der Einführung der Besitzsteuer, und dabei hat gerade die Rechte die Regierung auf diese Steuer hingewiesen. Niemand verkennt die Verdienste Preußens um die Reichsgründung. Ebenso protestieren wir auch gegen die Beschimpfung von Reichseinrichtungen. Die von Bismarck geschaffene Einigung muß aufrechterhalten bleiben. Die glänzende Entwicklung des Reiches ist auf das Zusammenwirken von Regierung und Parlament zurückzuführen. Die Entwicklung geht weiter vorwärts, denn sie hat feste Wurzeln im Volk. (Beifall.)

**Graf Westarp** (kons.): Wohl selten ist die Auffassung so bestätigt worden, wie diejenige meiner Partei in der Zaberner Angelegenheit. Bestätigt hat sich auch unsere Auffassung von der Haltung der Zivilpersonen. Aus dem Vorwurf, daß es sich dort um eine Soldateska handelte, ist die Armee rein hervorgegangen. Die Verfehlungen eines jungen Leutnants haben sofort eine ausreichende Sühne gefunden. (Lachen links.) Die Armee, die in Zabern provoziert wurde (Widerspruch links), hat ihre glänzende Rechtfertigung gefunden. Für uns ist mit der Entscheidung der Gerichte der Fall Zabern erledigt. Die Regelung für das Eingreifen der bewaffneten Macht mit oder ohne Requisition durch die Zivilbehörden ist Sache der Landesherren innerhalb der durch die Verfassung und durch die Militärkonventionen in ihren Kontingenten gewährleisteten Rechte. Wir können dem Reichstag nicht das Recht zusprechen, in diese Zuständigkeit der Kommandogewalt einzugreifen. Die Anträge der Sozialdemokraten, Elsässer und Fortschrittler lehnen wir ab. Aber auch die weniger einschneidenden Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums werden wir ablehnen. Herr von Heydebrand hat im Abgeordnetenhaus nicht die Auflösung des Reichstages verlangt, sondern gesagt, bei einer Neuwahl hätten die Wähler die Gegner der Wehrvorlage zum Teufel geschickt und nicht in den Reichstag. Ich konstatiere, daß der Preußentag keine Veranstaltung der Konservativen ist. Wir bedauern die Aeußerungen auf dem Preußentag und gegen den Reichstag. Als geladene Gäste konnten wir dazu keine Stellung nehmen. Die Kritik gegen die Teilnehmer hat aber hier manchmal die Grenze des Zulässigen überschritten. Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Freisinnigen mußten wir uns schützend vor die Reichsverfassung stellen. (Sehr richtig! rechts; Gelächter links.) Wir lassen uns von niemand in der Beschützung des Reichsgedankens übertreffen.

Darauf wird ein Vertagungsantrag eingebracht, aber auf die Einwendungen des Abg. Scheidemann zurückgezogen.

**Schultz** (Reichsp.): Man kennt den Reichstag gar nicht wieder. In seiner Dezemberdebatte war er eine schäumende Masse von Entrüstung. Die Parteien lassen sich jedenfalls davon leiten, daß man es sich draußen im Lande nicht gefallen läßt, wenn an der Armee gerührt wird. Letzten Endes richtete sich das Mißtrauensvotum nicht gegen den Reichskanzler, sondern gegen den Geist der Verhandlungen. (Widerspruch.) Auch wir auf der Rechten haben ein Interesse daran, daß keine Willkür besteht, aber die Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Die Vorfälle in Zabern wären in einem anderen Teile des Reiches unmöglich gewesen.

**Herzog** (W. V.): Die Militärbehörden haben zweifellos besser abgeschnitten als die Zivilbehörden.

Ein Vertagungsvorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt.

**Dr. Naumann** (Fortschr.): Oberst von Reuter hat seine Freisprechung und seinen Orden bekommen, das Volk aber nicht Sühne und Rechtfertigung. Es stand aber nicht bloß die Ehre der Militärbehörden in Frage, sondern auch die der Zivilbehörde. Die elsaß-lothringischen Zivilbehörden sind überzeugt, ihre Pflicht getan zu haben. Sie konnten aber dem Reichskanzler nicht widersprechen. Die Elsässer sind von jeher ans Militär gewöhnt. Passiert dort etwas, so läßt das noch keine antimilitaristische Stimmung aus. Oberst von Reuter hat sich als politischer Soldat erwiesen; deshalb ist der Mann auch so berühmt geworden. Graf Westarp hat über den Preußentag wehmutsvolle Erklärungen losgelassen, welche aber bestätigen, daß die Kreise um York von Wartenburg mit dem Reichstag nicht zufrieden sind. Er wird ihnen zu deutsch. Die Konservativen haben 1873 auch Bismarck abschieben wollen. (Zurufe und Unruhe links.) Als Caprivi ohne die Rechte mit dem übrigen Volk etwas machte, da trat Lebenberg in Tätigkeit; denn ein Donaueschingen war noch nicht da. Für uns ist der Reichstag der Ausdruck des deutsch-nationalen Gedankens. Der Reichstag hat gewonnen in der Demokratie.

**Ledebour** (Soz.): Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß die Offiziere berechtigt gewesen sind, den Zivilisten den Säbel durch den Leib zu rennen. (Der Kriegsminister schüttelt den Kopf.) Auf einen Widerspruch war ich gefaßt. Ich nehme Putativ-Notlüge an. (Vizepräsident **Dove** rügt diesen Ausdruck.) Die Einmischung des Kronprinzen in die Zaberner Angelegenheit bedauern wir. Man sollte uns nicht immer revolutionäre Gelüste vorwerfen. Sie (nach rechts) haben oft revolutionäre Gelüste gezeigt. Wir verlangen gleiches Recht für Offiziere und Soldaten; sie müssen dem bürgerlichen Recht unterstellt werden. (Vizepräsident **Dove** ruft Ledebour wegen Beleidigung des Kronprinzen zur Ordnung.)

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß es ihr nicht darauf ankommt, inwieweit die Verfassung gewahrt wird, sondern nur einen Stoß gegen die Monarchie und das Heer zu führen. (Sehr richtig! rechts, Lärm links.) Der Abg. Ledebour hat über die Person des Kronprinzen Aeußerungen gemacht, die zwar formell durch die Rüge des Präsidenten erledigt sind, aber durch die Zusammenstellung des Kronprinzen mit Herrn von Oldenburg und seinem Leutnant mit den zehn Mann im Volke die Ansicht verbreiten können, als sei der Kronprinz ein Verächter der deutschen Reichsverfassung. Dagegen lege ich entschieden Verwahrung ein. (Bravo! rechts.) Sowie es nicht üblich ist, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen, so widerspricht es auch dem konstitutionellen Maß, die Person des Thronfolgers in dieser Weise in die Debatte zu ziehen. Im Namen der Reichsleitung muß ich dagegen protestieren. In den warmen Worten an sein Husarenregiment sollten wir einen Beweis erblicken, daß in dem künftigen Träger der Krone der gute Geist der deutschen Armee lebendig ist. (Lebhaftes Bravo.)

**Ledebour** (Soz.): Wir halten die monarchische Einrichtung für veraltet. (Lachen; hört, hört! und Lärm.)

Vizepräsident **Dr. Dove**: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich. Es wäre besser gewesen, wenn die Debatte ohne persönliche Spitze geblieben wäre.

Damit ist die Besprechung der Interpellationen erledigt.

Nächste **Sitzung**: Samstag. 10 Uhr: Anträge betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht; Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; Etatsberatung.

Schluß 8¼ Uhr.

*

**Berlin**, 22. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat laut „Vorwärts" einen Antrag eingebracht, in dem der Reichskanzler ersucht wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, sowie die übrigen in § 1 der Militärstrafgerichtsordnung genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

**Berlin**, 22. Jan. Die Ausschmückungs-Kommission des Reichstages beschloß, die im Schlosse Rantzau bei Plöhn für den Ankauf durch den Reichstag zur Verfügung gestellten Gobelins zu besichtigen und ihre Verwendbarkeit für den Festsaal des Präsidentenhauses zu prüfen. Die Nischen im Sitzungssaale des Reichstages sollen durch vier Statuen ausgefüllt werden, welche die Kardinaltugenden darstellen. Die Ausführung soll Professor Klimtsch übertragen werden.

**Berlin**, 23. Jan. In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages wurden die Ostmarkenzulagen für 1,2 Millionen Mark in den Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung eingesetzt waren, gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler gestrichen.

# Arbeiterzeitung.

### Mannheimer Handelskammer und christlicher Tabakarbeiterverband.

Von der Bezirksleitung des christlichen Tabakarbeiterverbandes in Heidelberg wird uns geschrieben:

Die Mannheimer Handelskammer kam in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1913 bei der Besprechung über die Lage und Geschäftsgang der Tabakindustrie auch auf die von uns herausgegebene Broschüre: „Die wirtschaftliche Lage der Zigarrenarbeiter", zu sprechen und machte hierzu folgende Bemerkung: „Der Inhalt dieser Broschüre bezw. die aufgeführten Zahlen dürfen allerdings nur zum Teil den Anspruch auf Richtigkeit machen". Man sollte nun annehmen, daß, wenn eine amtliche Stelle solche Behauptungen aufstellt, auch den Beweis hierfür erbringt. Dieses ist aber nicht der Fall. Wenn die Handelskammer dieser selbstverständlichen Pflicht nicht nachkommt, muß angenommen werden, daß es der Handelskammer nicht um eine objektive Schilderung zu tun war, sondern angesichts ihrer Autorität sucht, das in der Broschüre gegebene Bild über die traurige Lage der Zigarrenarbeiter zu verwischen. Dadurch sucht man die öffentliche Meinung, die auf Seiten der Tabakarbeiter steht, von der angeblichen Unrichtigkeit des Inhaltes der Broschüren zu überzeugen und das ablehnende Verhalten des Zigarrenfabrikantenverbandes zu rechtfertigen.

# Chronik.

## Baden.

× **Heidelberg**, 23. Jan. In der vergangenen Nacht ist der Ehrenbürger der Stadt, Generalleutnant z. D. von Winning, gestorben. Der Verblichene stand im Alter von 73 Jahren und stammte aus Gr.-Glogau in Schlesien. Er trat im Jahre 1858 in das 7. Infanterie-Regiment und befehligte als Bataillonskommandeur das Heidelberger Bataillon von 1882 bis 1886. Im Jahre 1895 nahm er als Generalmajor und Kommandeur der 26. Infanteriebrigade seinen Abschied und ließ sich dauernd in Heidelberg nieder. An seinem 70. Geburtstag wurde er zum Ehrenbürger Heidelbergs ernannt. Er betätigte sich hauptsächlich auf den verschiedensten Gebieten des Frauenvereins, auf dem Gebiet der Bekämpfung der Tuberkulose und sonstigen gemeinnützigen Unternehmungen. Der Verstorbene machte die Kriege von 1866 und 1870 mit und wurde bei Wörth leicht und bei Mont Valerien schwer verwundet. Er war Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse.

# **Heidelberg**, 23. Jan. Wie aus Applabeck, einem Vorort von Dortmund, gemeldet wird, ist es gelungen, den entsprungenen Kirchenräuber Freski zu verhaften. Wie noch erinnerlich, war Freski mit seinem Kumpan Marosi verhaftet worden, beim Transport in Mosbach aber entsprungen und auf einen fahrenden Güterzug geflüchtet, den er unterwegs verließ. Bekanntlich hat der Einbrecher Marosi bereits ein Geständnis abgelegt und verschiedene Kircheneinbrüche zugegeben.

() **Mannheim**, 23. Jan. In der Mansarde eines 24jährigen Dienstmädchens wurde die Leiche eines bereits in Verwesung übergegangenen Kindes aufgefunden. In Mannheim-Neckarau ließ ein Mädchen ein neugeborenes Kind in die Abortgrube fallen.

)( **Tauberbischofsheim**, 23. Jan. Die Jagdpächter im Taubergebiet klagen über das zahlreiche Eingehen von Hasen infolge der Lungenwurmseuche. Es sind meist junge Tiere, die dieser verheerenden Krankheit zum Opfer fallen. Man schreibt das Auftreten derselben der nassen Witterung des letzten Spätjahrs zu.

× **Sulzfeld**, A. Eppingen, 23. Jan. Durch Feuer wurde die gemeinschaftliche Scheuer der Steinhauer Eigenmann und Wolfmüller eingeäschert. Ein angebauter Schopf brannte ebenfalls nieder. Der Viehbestand konnte gerettet werden.

:-: **Offenburg**. Am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3¼ Uhr, findet im großen Unionsaal hier eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der die Herren Landtagsabg. Hauser und Reichstagsabg. Dr. Max Pfeiffer aus München zur Reichstagsersatzwahl im 7. badischen Wahlbezirk sprechen werden.

:: **Emmendingen**, 23. Jan. Der hiesige Arbeiterbildungsverein feiert in den Tagen vom 6. bis 8. Juni sein 50jähriges Jubiläum.

# **Endingen** a. Kaiserstuhl, 23. Jan. Von einem schweren Unglücksfall wurde die Familie des von hier gebürtigen deutsch-amerikanischen Meisterschützen Gustav Zimmermann in Newyork heimgesucht. Die 26jährige Tochter stürzte in einem Bahnhof der Newyorker Tiefbahn direkt vor einen einfahrenden Zug und wurde sofort getötet. Herr Zimmermann weilt fast alljährlich im Sommer hier.

## Aus andern deutschen Staaten.

**München**, 22. Jan. In Schabhausen entstand heute früh in einem großen Oekonomiegebäude Großfeuer. Das Oekonomiegebäude mit 41 Stück Großvieh, 80 Stück Kleinvieh sowie sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen und den ganzen Heuvorräten wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden ist groß.

**Koblenz**, 23. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung zweier Offiziere, darunter eines Hauptmanns, gegen die ein militärgerichtliches Verfahren schwebt. Es handelt sich um Familiengeschichten, die in bürgerliche Kreise hineinspielen. Eine zivilgerichtliche Verhandlung war bereits vorausgegangen.

**Leipzig**, 22. Jan. Der Senior der deutschen Turnerschaft Geh. Sanitätsrat Götz, dem bekanntlich ein Arm abgenommen werden mußte, ist als genesen aus dem Krankenhause entlassen worden.

**Dresden**, 22. Jan. Der Oberzollassistent Schwatlo versuchte sich und seine Familie angeblich infolge finanzieller Schwierigkeiten zu vergiften. Die 17jährige Tochter ist gestorben, während die Eltern lebensgefährlich erkrankt im Krankenhause liegen.

**Paderborn**, 22. Jan. Bei dem Abbruch der alten Eisenbahnwerkstätte stürzte heute morgen die Wand ein. Ein Zimmerpolier wurde getötet, ein Arbeiter schwer verletzt.

**Hamburg**, 22. Jan. Der frühere Generaldirektor der Land- und Industriebank in Berlin, Lindner, der im August 1913 nach Veruntreuung von 300 000 Mark nach Amerika flüchtete, ist hier eingeliefert worden.

**Hamburg**, 23. Jan. Der Neger Jaques Johnson ist von dem Deutschen Fred Markussen im Ringkampf nach 22½ Minuten besiegt worden.

**Homburg** (Pfalz), 23. Jan. Während gestern in der Heil- und Pflegeanstalt der Anstaltsarzt Dr. Markgraf mit der künstlichen Ernährung eines Kranken beschäftigt war, wurde er von dem in der Anstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes untergebrachten Untersuchungsgefangenen Feimayer überfallen und durch fünf Messerstiche in den Rücken verletzt. Das Befinden des Arztes ist den Verhältnissen entsprechend gut und man hofft, daß keine Komplikationen eintreten, so daß er in einigen Tagen das Bett wieder wird verlassen können.

### Spionageverdacht.

**Berlin**, 22. Jan. In einem westlichen Vorort wurde ein Zivilingenieur verhaftet, unter dem Verdacht, Patente, die als Staatsgeheimnis anzusehen waren, fremden Mächten zum Kauf angeboten zu haben.

### Das Warenhaus Wolff-Wertheim schließt seine Pforten.

**Berlin**, 22. Jan. Das Warenhaus W. Wertheim in der Potsdamer Straße wird am 15. Februar geschlossen werden und schon am nächsten Tage soll die Ausräumung der Warenlager erfolgen. Ueber die weitere Verwertung der großen Räumlichkeiten in den Häusern Potsdamer Straße 1012 sind noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt worden. Es schweben verschiedene Projekte, von denen aber noch keines spruchreif ist. Das Grundstück repräsentiert nach Angaben von beteiligter Seite einen Wert von etwa 7 Millionen Mark und ist nur mit vier Millionen Mark belastet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Karlsruhe.

**Samstag, den 31. Januar 1914, abends 8 Uhr**
in den glänzend beleuchteten und geschmückten Räumen der Festhalle

# I. Festhalle-Maskenball

**mit Preiskrönung der schönsten und originellsten Herren- und Damenkostüme und „Gruppen“**

**Gesamtsumme der Preise 800 Mk. in bar (5 Herren-, 6 Damen-, 3 „Gruppen“-Preise)**

„Gruppen“ müssen aus mindestens 4 Personen bestehen.
Im Ballsaal ist Maskenkostüm oder Gesellschaftsanzug vorgeschrieben.

## Konzert- und Ballmusik:

**Die Kapelle des Bad. Leib-Grenadier-Regt.,** Leitung: Herr Musikmstr. **Bernhagen,**
und die
**Feuerwehr- und Bürgerkapelle,** Leitung: Herr Obermusikmeister a. D. **Liese.**

Nach der Preisverteilung (Nr. 17 des Musikprogramms) eine Stunde Pause

Von 12 Uhr an Unterhaltungsmusik in der Bauernstube (früh. altd. (Weinstube)

**Eintrittspreise:** Saalkarten 3 Mk. 50 Pfg., an der Abendkasse 4 Mk Karten für die obere Galerie einschließlich des Balkons 2 Mk. Zuschlagskarten für Galeriebesucher zum Zutritt in die Ballsäle 2 Mk. **Vorverkauf von Eintrittskarten** zu 3. Mk. 50 Pfg. (Saalkarten) von Mittwoch, den 28., bis Samstag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, bei

Zigarrengesch. **E. Best,** Karl-Friedrichstr. 32, Kaiserstr. 113 und Kaiserstrasse, Ecke Herrenstrasse.
Hofl. **R. H. Dietrich,** Kaiserstrasse 179 a.
Zigarrengeschäft **O. Feistenberger,** Karls-Tor (Wachthaus) und Georg-Friedrichstr. 25, Ecke Durlacher Allee.
Zigarrengeschäft **Ed. Flüge,** Kaiserstrasse 51.
Sportgesch. **O. Freundlieb,** vorm. E. Dahlemann, Kaiserstr. 185
Hofsäckler **K. Frey,** Kaiserstrasse 99.
Zigarrengeschäft **K. Holzschuh,** Werderstrasse 48.
Zigarrengeschäft **F. Kühnel,** Durlacher Allee 4.
Kürschnermstr. **A. Lindenlaub,** Kaiserstrasse 191.
Zigarrengeschäft **H. Meyle,** Ecke Karl-Friedrich- u. Kaiserstr., Ecke Kaiser- u. Westendstr., und Kriegstrasse 3 a.
Zigarrengeschäft **K. Morlock,** Kaiserstrasse 75, Karl-Friedrichstrasse 26, und Neue Bahnhofstrasse 54.
Zigarrengeschäft **K. L. Schweikert,** Ecke Kaiser- u. Waldstr.
Zigarrengeschäft **G. Steinmann,** Amalienstrasse 14 b (Eing. Karlstrasse) und Neue Bahnhofstrasse 1.
**Geschw. Moos,** Internationaler Postkartenverlag, Kaiserstr. 96. sowie im
**Kiosk des Verkehrsvereins** (beim Hotel Germania).

Zu **2 Mk.** (Galerieplätze) nur bei Hoflieferant **C. Feigler,** Herrenstrasse 21.

**Saal- und Galerieöffnung um 7 Uhr abends.**
**Eingang** in den Saal durch den Anbau rechts vom Hauptportal, zur Galerie über die neuen Galerietreppen rechts und links vom Hauptportal, für Gruppen nur durch das Hauptportal.

**Kostümverleiher, Friseuse, Photograph, Blumenverkauf** im Hause.
**Musik und Tanz-Programm** zu 10 Pfg. am Saaleingang.
**Vorbehaltene Restaurationsplätze** (im kleinen Saal und auf der unteren Galerie im grossen Saal) zu 50 Pfg. für den Sitz werden von der Ballkommission auf vorherige Bestellung abgegeben. **Im übrigen ist das Belegen von Plätzen nicht gestattet.**
**Restauration** auch auf der **oberen Galerie.**

**Gruppen und Einzelmasken,** die in den Wettbewerb treten, müssen **spätestens um 10 Uhr im Ballsaale** anwesend sein. Hierüber wird Kontrolle geübt.
**Kinder** im schulpflichtigen Alter und **anstössige Masken** haben keinen Zutritt.
**Verboten ist** das Werfen mit Papierschlangen-Konfetti u. dergl. in den Ball- und Nebenräumen, das Rauchen im Tanzsaale vor und nach der Pause, das Tanzen in den Speisesälen, das Mitführen von Tieren (auch bei Gruppendarstellungen).

**Vor der Preisverteilung keine Demaskierung.**

**Kontrollmassregeln:** Die Abschnitte an den Karten werden vor dem Betreten der Ballräume vom Kontrollpersonal abgetrennt und zurückbehalten. Karten ohne Kontrollabschnitte sind ungültig. Die Karten selbst sind sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen des Kontroll- und Aufsichtspersonals vorzuzeigen. Wer ohne Karte betroffen wird, hat Ausweisung zu gewärtigen. Besucher der oberen Galerie werden in den Ballsall, auf die untere Galerie, in den kleinen Saal und die sonstigen Räume der Festhalle nur gegen Lösung einer Zuschlagskarte von 2 Mk. (an der Kasse im Anbau rechts) zugelassen. Wer die Festhalle vor Beendigung des Balles verlässt, verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt mit der entwerteten Karte. In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Berechtigungsscheine für den Wiedereintritt ausgestellt.

---

Durch unser grosses Lager am Rheinhafen sind wir imstande, bis auf weiteres jedes Quantum

**Gaskoks** f. Zentralheizungen und Ofenfeuerung
oder als Ersatz
**Eiformbrikets**
(auch für Dauerbrenner, Oefen und Herde)
**Ruhrbrechkoks**
aller Körnungen
sowie alle andern **Kohlensorten u. Unionbrikets** ☞ **sofort** ☜ zu liefern.

**Rheinisches Kohlen- und Briket-Geschäft**
**H. Mülberger**
**G. m. b. H.**
**Kontor: Amalienstrasse 25. Telephon 250.**

---

**Maschinenstrickerei Karlsruhe**
**Douglasstrasse 201**
empfiehlt sich den geehrten Herrschaften im
**Neuanfertigen u. Anstricken**
von
**Strümpfen Socken**
und
**Beinlängen.**
**Prompte Bedienung. Billige Berechnung.**

---

**Brennholz**
**vorzügliches, Hartholz**
per Zentner **1 Mk.** ab Fabrikhof fortwährend zu haben. Bei Mehrabnahme Preisermässigung.
**Südd. Fournierfabrik**
**Werderstrasse 7/9.**
**Telephon 1617.**

---

**Jüngere Beamte und Privatangestellte**
erhalten von Selbstgeber zu Bankzinsen Darlehen in kleineren Beträgen gegen monatl. Ratenrückzahlung. Keinerlei Nebenspesen. Strengste Diskretion verbürgt. Anfragen mit Rückporto unter Nr. 5 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbet.

---

**Futterlieferung.**

Die Lieferung von 150 Zentner Runkelrüben und 100 Zentner Gelberüben (Möhren) soll vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind bis **Montag, den 26. Januar, vormittags 9 Uhr,** anher einzureichen. Von den Lieferungsbedingungen kann auf unserem Bureau, Ettlingerstr. 6, Einsicht genommen werden.

**Städtische Gartendirektion.**

---

**Städt. Vierordtbad**
Eingang Ettlingerstrasse bei der Schwimmhalle.

**Schwimmbad.**
**Für Damen und Mädchen** geöffnet: „Werktags vormittags 9—11 Uhr und nachmittags 2 bis ½5 Uhr sowie Freitags von 6—½8 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags.“
**Für Herren und Knaben** geöffnet: „Werktags vormitt. von 8—9 und 11—2 Uhr, nachmittags ½5—8 Uhr. Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags vormittags 8—12 Uhr.“
Auch über Mittag geöffnet.

---

**Großherzogl. Hoftheater**
**zu Karlsruhe.**
Samstag, den 24. Januar 1914.
30. Vorstellung außer Abonnement.
**Ermäßigte Preise.**

**Undine.**

Romantische Zauberoper in vier Akten nach Fouqués Erzählung frei bearbeitet.
Text und Musik von Albert Lortzing.
Musikalische Leitung: Alfred Lorentz.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:
Bertalda, Tochter Herzog Heinrichs — M. Lorentz-Höllischer
Ritter Hugo von Ringstetten — H. Siewert
Kühleborn, ein mächtiger Wassergeist — F. Mechler
Tobias, ein alter Fischer — J. Grötzinger
Wartha, sein Weib — M. Mosel-Tomschik
Undine, ihre Pflegetochter — Therese Müller-Reichel
Pater Heilmann, Ordens-Geistlicher aus dem Kloster Maria Gruß — W. v. Schwind
Veit, Hugos Schildknappe — Hans Bussard
Hans, Bertaldas Kellermeister — Frz. Roha
Der Kanzler — M. Schneider
Würdenträger, Ritter und Frauen, Jagdgefolge, Pagen, Knappen, Fischer, Fischerinnen, Landleute, — Wassergeister.

Der erste Akt spielt in einer Fischerhütte, der zweite in der Reichsstadt im Herzoglichen Schlosse, der dritte und vierte Akt spielen in der Nähe und auf der Burg Ringstetten
Zeit der Handlung: gegen Ende des 15. Jahrhunderts.

Nach jedem Akte eine längere Pause.
Anfang: halb 8 Uhr.
Ende: nach 10 Uhr.

Preise der Plätze: Balkon I. Abt. 2.50 Mk., Sperrsitz I. Abt. 2.— Mk. usw.

---

**Schneidebohnen**
getrocknet
**Flageolets**
**Soissons**
**Julienne**
in frischer Ware empfiehlt
**Bernh. Oser**
**Waldstrasse 5.**
Telefon 3527.

---

**Städtische Festhalle Karlsruhe**
(grosser Saal).
**Mittwoch, den 4. Februar 1914, abends 8½ Uhr**
**9. Volkstümliches**

# Symphonie-Konzert

**(II. Saison.)**
Ausgeführt von der verstärkten Kapelle des
**I. Badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109.**
Dirigent: Musikmeister **Bernhagen.**
Solistin: Fräulein **Luise Beck,** Karlsruhe (Klavier).

**Vortragsordnung:**
(Beginn 8½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr).

I. Teil.
1. **Eine Faustouvertüre** . . . . . R. Wagner.
2. **Symphonie G-moll** . . . . . Friedr. Gernsheim.
**Allegro moderato. Larghetto.**
**Scherzo. Finale.**

II. Teil.
3. **Konzert A-moll** . . . . . Grieg.
**Allegro moderato. Adagio.**
**Allegro marcato.**
4. **„Moldau“, Symphonische Dichtung** . . Friedr. Smetana.

**Stadtgarten-Jahreskarten, Kartenhefte und Konzert-Abonnements haben in diesem Falle keine Gültigkeit.**

**Preise der Plätze: Im Vorverkauf** bei den Musikalienhandlungen **Fritz Müller,** Kaiser-Passage 2, Ecke Kaiser- und Wald-Strasse, Telefon 1988 (Plätze in der westlichen Hälfte der Halle), und **Franz Tafel,** Kaiser-Strasse 82 a, Telefon 1647 (Plätze in der östlichen Hälfte der Halle), sowie im **Kiosk des Verkehrsvereins** beim Hotel Germania, Telefon 600 (ein Teil der nichtnumerierten Plätze). **Numerierter Platz (Saal u. untere Galerie I. Abteilung, Balkon I. Reihe) 80 Pfg., nichtnumerierter Platz 40 Pfg., an der Abendkasse 1 Mk. und 50 Pfg.**

Ausführliches Programm mit Erläuterungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.

An Zugängen werden — um 8 Uhr — geöffnet (zum Saal und zur oberen Galerie) die Eingänge in den beiden Anbauten rechts und links der Festhalle.

Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen. Nach dem ersten Teil findet eine grössere Pause statt.

— **Rauchen nicht gestattet.** —

---

**Festhalle.**
**Sonntag, den 25. Januar 1914, nachm. 4 Uhr,**

# Volkstümliches Konzert

gegeben von der Kapelle des
**3. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50.**
Leitung: Obermusikmeister Schotte.

**Eintritt:**
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften . . . . . 20 Pfg.
Sonnige Perioden . . . . . 60 Pfg.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
— Programm 10 Pfg. —

Die Musik-Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

---

**Städtische Eisbahnen.**
**Sonntag, den 25. Januar 1914, nachmittags von 3—5 Uhr**

# Konzerte

Es spielen bei der **Eisbahn im Stadtgarten** eine Abteilung der
**Leibdragoner-Kapelle,**
bei der **künstlichen Eisbahn auf dem alten Messplatz** eine Abteilung der
**Leibgrenadier-Kapelle.**

Neben den üblichen Eintrittspreisen für die Eisbahn wird jeweils ein **Musikzuschlag von 10 Pfg.** von Erwachsenen und Kindern erhoben.

---

**St. Elisabethenheim Karlsruhe,**
**Sofienstraße 19.**

Beamtinnen, kaufmännische Gehilfinnen, Schülerinnen und alleinreisende Damen können im Heim, bei mäßigen Preisen, **Zimmer mit voller Pension** erhalten.

**Dampfheizung, elektrisches Licht. Bade-Einrichtung.**

---

**Haushaltungs- u. Fortbildungs-Pensionat**
**St. Maria** **der Engl. Fräulein**
**Bad Homburg v. d. H.**
**Ersatz für die Frauenschule.**
Damit verbunden **„Villa Dreikaiserhof“** zur Aufnahme von Kurgästen.
Prospekt und nähere Auskunft durch **Die Oberin.**

---

Meine **gebrannten**
**Kaffee**
erfreuen sich nach wie vor reger Nachfrage. Ich empfehle eine
**Spezial-Mischung**
à Mark **1.60** per Pfund.
Die Qualität ist hervorragend.
**W. Erb,** am Lidellpl.

---

## Gottesdienstordnung.

### Karlsruhe.

**Fest der hl. Familie.**

**St. Stephanskirche.**

**Sonntag:** 5 Uhr: Frühmesse; 6 Uhr: heil. Messe mit Generalkommunion für den Verein kathol. Geschäftsgehilfinnen, sowie für den christl. Mütter- und Familienverein; 7 Uhr: hl. Messe; ¼9 Uhr: Militärgottesdienst mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ½3 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; 3 Uhr: Andacht zur hl. Familie und Versammlung für den christl. Familien- und Mütterverein mit Predigt; 4 Uhr: Versammlung für die Dienstboten-Kongregation in der Vinzentiuskapelle.

**Dienstag (Geburtsfest des deutschen Kaisers):** ¼7 Uhr: Frühmesse; ¾7 Uhr: heilige Messe; ¼8 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: Kindergottesdienst; ½10 Uhr: Festgottesdienst mit levit. Hochamt, Predigt und Tedeum.

**Altes St. Vinzentiushaus.**

**Sonntag:** ¼7 Uhr: hl. Kommunion; 7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: Amt.

**St. Peter- und Paulskirche.**

**Sonntag:** 6 Uhr: Beichtgelegenheit; ¼7 Uhr: Frühmesse; ¼7, ¾7, ½8 Uhr: Austeilung der hl. Kommunion; ½8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ¼9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt (im städt. Spital); ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt; ½2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 2 Uhr: Vesper.

**Dienstag (Kaisers Geburtstag):** 8 Uhr: Festgottesdienst mit Tedeum.

**Liebfrauenkirche.**

**Sonntag:** 6 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ¾2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Andacht zur hl. Familie.

**Dienstag:** 9 Uhr: levit. Amt mit Tedeum.

**Mittwoch:** abends ½9 Uhr: Jünglingskongregation.

**Donnerstag:** abends ½9 Uhr: Männerkongregation.

**St. Nikolauskirche (Rüppurr).**

**Sonntag:** 9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt.

**St. Bernhardiuskirche.**

**Sonntag:** 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: heil. Messe; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Vesper.

**Dienstag:** 7 Uhr: Hochamt und Tedeum.

**St. Bonifatiuskirche.**

**Sonntag:** ¼7 Uhr: Frühmesse; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½3 Uhr: Andacht zur hl. Familie.

**Dienstag:** 8 Uhr: Hochamt mit Tedeum.

**Ludwig Wilhelm-Krankenheim.**

**Sonntag:** 8 Uhr: hl. Messe.

**St. Michaelskirche (Beiertheim).**

**Sonntag:** 6 Uhr: Beichtgelegenheit; ¼7 Uhr: Frühmesse und Monatskommunion der Männer; ¼9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; ¾11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 1 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½2 Uhr: Andacht zur heiligen Familie.

**Dienstag (Kaisers Geburtstag):** 8 Uhr: Festgottesdienst.

**St. Josefskirche (Grünwinkel).**

**Sonntag:** 6 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Kinder; 9 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; ½2 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Andacht zur hl. Familie; 5 Uhr: Rosenkranz.

### Durlach.

**Stadtkirche Durlach.**

**Sonntag:** ½8 Uhr: Frühmesse und Austeilung der hl. Kommunion; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; darauf Christenlehre für die Diaspora; ½2 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Vesper.

**Dienstag (Kaisers Geburtstag):** ¼8 Uhr: hl. Messe; ½10 Uhr: Festgottesdienst: Predigt und Hochamt mit Tedeum.

### Durmersheim.

**1. Pfarrkirche.**

**Sonntag:** ¼8 Uhr: Frühmesse (Monatskommunion für die Schüler des 8. Schuljahres und der Jünglings-Kongregation); ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; ½2 Uhr: Christenlehre für die Knaben; 2 Uhr: Andacht zur hl. Familie.

**2. Wallfahrtskirche Bickesheim.**

**Sonn- und Feiertags:** ½8 Uhr: hl. Messe; ½4 Uhr: Rosenkranz.

**Dienstag:** 8 Uhr: deutsche Singmesse (Schülergottesdienst): best. hl. Messe für Therese Martin, geb. Ganz und Kath. Welzer, geb. Martin; best. hl. Messe für Amand Martin, Kath. Klein und Eltern.

**Beichtgelegenheit:** jeden Morgen und Samstag nachmittags.

**Werktags:** ½8 Uhr: hl. Messe.

**Samstag:** ½10 Uhr: Wallfahrtsgottesdienst.

**3. Filialkirche Würmersheim.**

**Sonntag:** 9 Uhr: Predigt und Amt; Christenlehre.